

Politik

Dieter Kersten

Glosse

Als mit dem Tod des kinderlosen bayerischen Kurfürsten Karl Theodor am 3. Januar 1777 Österreich und Preußen/ Sachsen sich um den Besitz Bayerns stritten, kam es zum Bayerischen Erbfolgekrieg (1778-1779) zwischen diesen beiden damaligen europäischen Großmächten. Alle Seiten hatten eigentlich keine Lust, sich für die Bayern gegenseitig totschießen zu lassen, so daß der Krieg "der Kartoffelkrieg" genannt wurde, weil die preußisch-sächsischen Truppen hauptsächlich damit beschäftigt waren, im Aufmarschgebiet Böhmen Lebensmittel zu requirieren. Schließlich kam es zum Friedensschluß, in dem Bayern fast unversehrt Bayern blieb und die Habsburger es nicht in ihr Reich einverleiben konnten. Berichten zufolge sollen noch bis in die 20er Jahre des vorigen Jahrhunderts in den Herrgottswinkeln der bayrischen Bauernhäuser das Bild des preußischen Königs Friedrich II., genannt Friedrich der Große, gehangen haben, als Dank dafür, daß er sie, die Bayern, vor den Österreichern bewahrt hat.

Welch eine folgenschwere Tat des sonst so klugen "Alten Fritzchen"? Es wäre uns nicht nur Edmund Stoiber erspart geblieben, wenn Bayern österreichisch geworden wäre.

Zu den wenigen Gebietsverlusten des Friedens von Teschen am 13. Mai 1779 gehörte das Innviertel und Braunau.

Ach, Du gütiger Gott, welch ein Segen war dieser Gebietsverlust für uns. 110 Jahre später wurde ausgerechnet in diesem Braunau, also in Österreich, Adolf Hitler geboren, der seine erste Sozialisation in seinem Heimatland Österreich erlebte, und, o Graus, eine weitere "Sozialisation" in der Hauptstadt Bayerns, in der "Stadt der Bewegung", München.

Es sei mir die Zwischenbemerkung gestattet: Das nach 1945 so verteuflte Preußen hat in den letzten freien Wahlen 1932 Hitler nicht in Mehrheit gewählt. Die Wähler in Preußen waren klüger als die Wähler in Bayern und auch nicht so durchtrieben (verschlagen, abgefeimt), wie die bayrisch sozialisierten Hitler, Strauß, Pfahls und Stoiber.

Bayern war 1949, im Vergleich mit den anderen deutschen Ländern, auch im Vergleich mit dem Teil Deutschlands, der "im Westen" die "Ostzone" genannt wurde, ein wirtschaftlich rückständiges Land. Es hat aus allen Teilen der alten Bundesrepublik jahrzehntelang Subventionen erhalten, sonst wäre es heute ein Armenhaus der Bundesrepublik Deutschland.

München scheint eine besondere Brutstätte politisch-krimineller Karrieren zu sein.

Über Hitler brauche ich keine Druckerschwärze mehr verbrauchen. Zu Franz ("Josef") Strauß kann ich einige Stichworte zu seiner "Karriere" liefern: Starfighter-Affäre (115 Piloten fanden den Tod), Onkel-Alois-Affäre (Panzerketten), Fibag/ Kapfinger-Affäre, Spiegel-Affäre, Affäre Dr. Praun/Vera Brühne. Strauß fiel durch seine wortgewaltigen Reden und Sprüche auf, aber wenn ich ihn nachträglich mit Herrn Stoiber vergleiche, dann war Strauß um Lichtjahre intelligenter als Stoiber. Stoiber war der "Aktentaschenträger" des Herrn Strauß.

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement 15,60, Ausland 18,-- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

Edmund Stoiber, 1978-1983 als Generalsekretär der CSU unter dem Ministerpräsidenten Franz ("Josef") Strauß "das blonde Fallbeil" genannt, wurde als Ministerpräsident Nachfolger seines Parteifreundes Max Streibl, der über die Amigo-Affäre stürzte. "Inwieweit der aktuelle bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber in die Affäre verstrickt war, ist umstritten." (Satz aus Wikipedia - Die freie Ezyklopädie im Internet.) Natürlich arbeitet Edmund Stoiber bei seinen aktuellen Wahlkampf-Äußerungen, wie gewohnt, mit gezinkten Karten, wenn er seinem unkritischen Wählervolk zuruft, daß die neuen Länder jährlich 120 bis 130 Milliarden Euro Finanzausgleich erhalten. Mal abgesehen davon, daß ich noch nicht einmal weiß, ob diese Zahlen stimmen - ein Großteil des Betrages fließt in die alten Länder wieder zurück. Wir dürfen doch nicht vergessen, daß die Regierung Kohl 1990 den "Wirtschafts-Karren" der alten Bundesrepublik gegen die Wand gefahren hatte und die wirtschaftliche Scheinblüte der 90er Jahre den Ausgaben der Deutschen Einheit zuzurechnen ist.

Auch die Polit- und Wirtschaftsberater und viele hohe Ministerialbeamten der Landesregierungen der neuen Bundesländer stammen aus den alten Bundesländern, auch aus Bayern. Sie scheinen von der gleichen schlechten Qualität zu sein, wie es die Politik unter der Regierung Kohl, seinem Nachfolger und der Landesregierungen der alten Bundesrepublik war und ist.

Es war ein "Kardinalfehler", die Ostdeutschen so ohne weiteres in die sozialen Sicherungssysteme mit einzubeziehen. Die Regierung Kohl, unter Mitwirkung von Stoibers CSU, hat da hundertprozentig versagt, ebenso bei der sozialen Eingliederung der Russen angeblich deutscher und auch jüdischer Herkunft. Edmund Stoiber betreibt "Brunnenvergiftung", wenn er den Sachverhalt nicht ordentlich darstellt. Keine Partei tut das im übrigen. Die soziale Sicherung unserer Mitbürger aus der ehemaligen DDR hätte einzig und alleine über das Steueraufkommen erfolgen müssen.

Ludwig-Holger Pfahls, CSU-Mitglied bis zum Jahr 2000, 1985 bis 1987 Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz und von 1987 - 1992 Staatssekretär im deutschen Bundesministerium der Verteidigung unter Verteidigungsminister Wörner im Kabinett Helmut Kohl, war Staatssekretär-Kollege des jetzigen Bundespräsidenten Horst Köhler. Pfahls, seit Anfang August d.J. mit dem milden Gerichtsurteil "Vorteilsannahme" vorbestraft, ist gebürtiger Brandenburger (1942). Er ist aber in Bayern sozialisiert worden. Ich halte die Affäre Pfahls, gerade angesichts der Äußerungen von Stoiber, für so wichtig, daß ich einen Text - nachstehend - dazu abdrucke. Den letzten Satz des Textes habe ich fett gekennzeichnet, weil ich eine Enttarnung der Helfer auch für sehr wichtig halte.

Zum Schluß dieser Glosse dokumentiere ich die Äußerungen des Herrn Edmund Stoiber in Wahlkampf 2005. Für die stilistischen Entgleisungen des Herrn Stoiber bin ich nicht verantwortlich.:

"Wir leisten jedes Jahr etwa 120 bis 130 Milliarden Euro Finanzausgleich zur Aufbausituation der neuen Länder. Aber es darf nicht sein, und das ist der Appell auch an alle Vernünftigen - es darf nicht sein, daß letztlich die Frustrierten über das Schicksal Deutschlands bestimmen."

"Bei uns hat die PDS und die WASG - und wie dieses Gschwerl heißt - überhaupt keine Chance. Wenn es überall so wäre, hätten wir ja überhaupt keine Probleme. (...) Nur, meine Damen und Herren, wir haben leider nicht überall so kluge Bevölkerungsteile wie in Bayern. Und deswegen müssen immer - die Stärkeren müssen manchmal die Schwächeren ein Stück mitziehen. Es ist halt einmal so."

"Und ich habe die Leute in Jena und in Eisenach gefragt: (...) Seid ihr euch bewußt: Ihr habt hier Plakate mit Lafontaine ... Und der Mann, der im Grunde genommen gegen die Wiedervereinigung war, der verhindern wollte, daß die Ostdeutschen in die sozialen Sicherungssysteme, in die Rentenversicherung mit einbezogen werden, den feiert ihr jetzt als Helden? Ja seid ihr denn verrückt geworden? Nur die dümmsten

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.

Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88, url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafo.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.

Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement 15,60, Ausland 18,- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

September 2005
49. Jahrgang

Neue POLITIK

*Beiträge zur politischen
Neuordnung*

Kommentar- und Informationsbrief ♦ gegr. von Wolf Schenke

Kälber wählen ihre Metzger selber! Meine Damen und Herren, weil ich aber nur auf die eigene Kraft vertraue, sage ich Ihnen: Ich bin mir nicht ganz sicher, ob alle das auf dem Marktplatz richtig verstanden haben. In Bayern mit Sicherheit."

IMPRESSUM
Kommentar- und Informationsbrief NEUE POLITIK, Beiträge zur politischen Neuordnung, gegründet 1956 von Wolf Schenke, Herausgeber: Dieter Kersten.
Redaktion: Verlag NEUE POLITIK in der DELTA PRO DESIGN UND VERLAG GmbH, Wilhelmsaue 31, 10713 Berlin, Tel. 030-822 52 11, Fax 030- 821 62 88,
url: www.neuepolitik.com, eMail: kersten@snafu.de Bankverbindung: Berliner Bank AG, BLZ 100 200 00 Kontonummer 35 34 32 30 01.
Erscheinungsweise: 9 mal jährlich. Preise: Jahresabonnement 15,60, Ausland 18,-- Abdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.